10 Punkte

Das Coronavirus und die aktuelle Wirtschaftskrise

Von Roland Herzog und Hans Schäppi

1. Pandemie und strukturelle Überakkumulation

Die heutige Wirtschaftskrise war vorausgesagt. Schon im Herbst 2019 zeichnete sich eine wirtschaftliche Abschwächung ab, und Investitionen wurden noch zurückhaltender getätigt. Hintergrund bildet eine strukturelle Überakkumulation seit den1980er Jahren. Aber erst als sich in Italien mit der Corona-Pandemie Erkrankungen und Todesfälle häuften, erfolgte eine schwere Erschütterung der Aktienmärkte. Die wichtigsten Indices stürzten innerhalb eines Monats teilweise deutlich über 30 Prozent ab. Zögerliche, chaotische und zu wenig selektive Regierungsmassnahmen führten zur ungebremsten Ausbreitung der Viren.

Schrittweise wurden Quarantänemassnahmen ergriffen, die Mobilität eingeschränkt, wirtschaftliche Aktivitäten untersagt und schliesslich in vielen Staaten ein mit mehr oder weniger Zwang verbundener Shutdown verordnet. Über Nacht fielen die Einkommen vieler Menschen weg, Kurzarbeit wurde erlassen und Kündigungen ausgesprochen. Allerdings sind auch in Europa nicht alle Staaten in gleichem Ausmass betroffen, und nach wie vor werden unterschiedliche Strategien verfolgt. Koordination und grosszügige Unterstützung fehlen, nationale Interessen haben Vorrang.

2. Vorgeschichte der Krisenbewältigung

Die Eigenheiten einer Wirtschaftskrise können nur verstanden werden, wenn die Vorgeschichte analysiert wird. Einzubeziehen ist damit die Bewältigung der vorangegangenen Krise von 2007/09. Diese wurde überwunden durch das sogenannte „Quantitative Easing", d.h. durch eine gehörige Zufuhr an Geldkapital insbesondere durch die wichtigsten Zentralbanken. Trotz eines auf rund 0% abgesenkten Zinsniveaus, stiegen die Investitionen nicht an, und erreicht wurde lediglich ein bescheidener Aufschwung, aber keine Überwindung der strukturellen Überakkumulation.

3. Konsequenzen des Quantitative Easing

Dieses hatte zwei Folgen. Erstens bewirkte es eine Vermögensinflation insbesondere bei den Aktien, erleichterte Firmenübernahmen und spekulative Immobilienkäufe. Und zweitens schuf es bequeme Verschuldungsmöglichkeiten für Staaten und private Haushalte. Die Zeit nach 2009 war daher auch durch einen überbordenden Konsumerismus gekennzeichnet: Luxuseinkäufe, ständige Zunahmen von Flugreisen, Ferien überall auf dieser Welt und die sich daraus ergebenden Investitionen in die Hotellerie, Flugplätzen und Verkehrsinfrastruktur.

Auch konnten viele Menschen wegen stagnierenden Löhnen den Lebensstandard nur dank einer steigender privaten Verschuldung beibehalten. Die globale Wirtschaft ist zurzeit in einem beträchtlichen Ausmass paralysiert, die Kapitalakkumulation blockiert, rezessive Einbrüche begannen im Januar und haben sich schon im März globalisiert.

4. Shotdown und Krisenausmass

Vieles hängt von der Dauer der Shutdowns ab. Von daher sind die Auswirkungen noch etwas unklar. In jedem Fall dürfte die ökonomische und soziale Krise schärfer ausfallen als diejenige ab 2007. Zudem kann China den Rest der Weltwirtschaft wegen hausgemachten Problemen nicht aus dem Schlamassel ziehen, und die Geldpolitik der Zentralbanken zeigt vorläufig wenig Wirkung.

Eine globale Rezession mit gewaltigen Unwägbarkeiten wird nicht zu vermeiden sein. Die Weltarbeitsorganisation schätzt, dass im zweiten Trimester 2020 rund 200 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Eine düstere Prognose macht ebenfalls der IWF. Er prognostiziert den schlimmsten Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre: Das Welt-Bruttoinlandprodukt werde um 3% tiefer liegen als im Vorjahr; damit ergibt sich der erste negative Wert seit dem Ende des 2. Weltkriegs. Für die USA prognostiziert er einen Rückgang von ca. 6%, was ebenfalls der schärfste Rückschlag seit dem 2. Weltkrieg wäre und das Ende der langen wirtschaftlichen Expansion dieses Landes sein könnte. Für China lautet die Prognose auf einen Rückgang des starken Wachstum dieses Landes auf 1,2%, für die restlichen Schwellen- und Entwicklungsländer -2.2%, die Eurozone -7.5%, Deutschland -7% und für die Schweiz -6%. Andere Prognosen gelangen zu noch negativeren Zahlen. Die Arbeitslosigkeit dürfte damit bei uns auf das Niveau von 1975 ansteigen; damals wurden 300 000 Arbeitsplätze abgebaut, ca. 200 000 ImmigrantInnen reisten in ihre Heimatländer zurück und zahlreiche Frauen verzichteten auf einen Arbeitsplatz, sodass sich die „offizielle" Arbeitslosigkeit in Grenzen hielt. Besonders eindrücklich ist auch die weltweite Verschuldung. Sie erhöhte sich allein im Monat März auf einen historischen Höchstwert von 2,1 Billionen Dollar. Zudem fiel der Erdölpreis in den Keller, was Deflationstendenzen schürt. Nach Aussagen der Europäischen Zentralbank reduziert ein Rückgang des Barrelpreises von 10 Euro das allgemeine Preisniveau um etwa 0,3%. Sinkende Rohstoffpreise und sinkende Löhne können eine dramatische Deflationsspirale bewirken. Weil eine strukturelle Überakkumulation vorliegt, ist also zu befürchten, dass nach dem Kriseneinbruch von 2020 die Gefahr einer längeren depressiven Phase bevorsteht.

Von der Krise am stärksten geschlagen werden freilich Flüchtende, die vor geschlossenen Grenzen stehen, und der Globale Süden, wo die Verarmung extrem zunehmen wird, so dass Hunger und

Pandemie die Todeszahlen kumulativ in die Höhe treiben werden. Desaströses Regierungshandeln führt zu einer verheerenden Wirtschaftskrise, wie dies Niall Ferguson eindringlich auf den Punkt bringt (NZZ 20.4.2020).

5. Antikrisenmassnahmen

Damit stellen sich für alle Regierungen, transnationalen und globalen Organisationen riesige Herausforderungen. Im Fokus stehen Strategien und Finanzmittel, um die Kapitalakkumulation wieder zu stabilisieren. Faktisch im Wochentakt werden die Beträge in die Höhe geschraubt. Zurzeit kann davon ausgegangen werden, dass zwischen 10 und 20 Prozent des Welt-BIP bereitgestellt werden. Ob das genügt, bleibe dahingestellt. Neoliberale Politiker werden darauf pochen, diese Massnahmen möglichst rasch wieder rückgängig zu machen. Erinnert sei an die letzte Krise. Damals war die Kritik an der neoliberalen Politik bald einmal vorbei, und das „open window" für eine andere Wirtschaftspolitik wieder zugesperrt. Es geht im kapitalistischen System um den möglichst raschen Ausstieg aus der Krise und darum, die Profitabilität - Hauptzweck kapitalistischen Wirtschaftens - sicherzustellen. Wie viel dabei für die Lohnabhängigen abfällt, ist zweitrangig. Die Kosten sollen möglichst klein gehalten werden und schliesslich auch möglichst weitgehend auf die Arbeiter*innenklasse abgewälzt werden. Doch die Kosten werden hoch ausfallen und auf einmal sind Grundeinkommen oder ein Lohn ohne Arbeit keine abstruse linke Konzepte mehr. Trump versprach eine Einmalzahlung von 1200 Dollar, die kanadische Regierung gar 2000 kanadische Dollars für vier Monate und in Spanien ist von 500 Euros pro Monat die Rede. Auch in Bolsonaros Brasilien sollen pro Monat 135 Euros ausbezahlt werden, was in 48 Stunden zu 28 Millionen Einschreibungen führte. Ankündigung und Erlass sind jedoch oft zwei Seiten einer Münze.

6. Globale und regionale Verschiebungen

Einzubeziehen gilt es überdies die geopolitischen Auswirkungen dieser multiplen – sanitarischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen – Krise. Der chinesische Staatskapitalismus ist nach drakonischen Massnahmen relativ schnell wieder in Schwung gekommen, was für die USA und vor allem für Europa kaum zu erwarten ist. Speziell schwierig könnte es für Lateinamerika und Afrika werden, denn die dortigen Gesundheitssysteme genügen in keiner Weise oder sind in weiten Teilen sogar inexistent. Es werden sich zudem regionale Verschiebungen ergeben. Beispielsweise dürften die südeuropäischen Staaten wegen ihrer Abhängigkeit vom Tourismus grössere rezessive Einbrüche erleben. Italien und Griechenland, die bereits vor Ausbruch mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, werden weiter zurückfallen. Ähnliches gilt für Spanien. Damit ist nicht zuletzt auch die EU verstärkt in Frage gestellt.

7. Strategie der Linken

Im Gegensatz zur letzten Krise muss die Linke mit eigenen Vorstellungen vehement intervenieren: kein Demokratieabbau, für einen energischen Ausbau der Infrastruktur, vor allem des Gesundheitswesens, harte Regulierung des Finanzsektors, Nationalisierungen, z.B. der Pharmaindustrie.

Da die Lohnabhängigen in keiner Weise für diese Pandemie verantwortlich sind und die Regierungen in beträchtlichem Ausmass versagt haben, kann mit Fug und Recht verlangt werden, dass allen, die aus dem Arbeitsprozess eliminiert worden sind, ein würdiges Einkommen garantiert wird. Das Gleiche gilt für die Prekarisierten, deren Zahl in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen hat und die auch einen Grossteil der Erkrankten ausmachen.

Einkommenssicherung ist jedoch nur das eine. Wie sich herausgestellt hat, hängen die Todeszahlen nicht nur von den Entscheiden der Regierungen ab, sondern insbesondere von Zustand und Ausbau des Gesundheitswesens. In vielen Staaten des Globalen Nordens wurde dieser Sektor stark privatisiert und teilweise kaputtgespart. Löhne fürs Pflegepersonal wurden gesenkt, Arbeitsbedingungen verschlechtert, Bettenzahlen reduziert und ganze Spitäler geschlossen. All dies rächt sich nun. Gesundheit muss ein öffentliches Gut sein, das prioritär zu behandeln ist, das auch Kosten verursacht und in dem die Angestellten sehr gut ausgerüstet und vor Ansteckungen maximal geschützt werden müssen. Das Pflegepersonal ist wohl bereit, alles für die Erkrankten zu tun, doch der Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen verschwindet damit nicht. Dies haben zum Beispiel Pflegende in Frankreich gezeigt, die mit Nacktfotos symbolisch dargelegt haben, wie ihr effektiver Schutz aussieht. Der Neoliberalismus muss folglich offensiv diskreditiert werden, denn er ist verantwortlich für die Missstände im Gesundheitswesen und anderswo.

Sollte sich andererseits der grassierende Rechtspopulismus zu einer neuen Faschismusgefahr entwickeln, dann verbietet sich wohl auch eine falsche Solidarisierung mit den herrschenden Eliten.

8. Konsumerismus und ökologische Krisen

Diese Strategie ist zwingend mit der Bewältigung der ökologischen Krise zu verknüpfen. Deshalb sollte verhindert werden, dass der Konsumerismus einfach wieder hochgefahren wird. Vielmehr ist angesichts der Klimaerhitzung massiv in den ökologischen Umbau zu investieren, um möglichst schnell aus der fossilen Energieversorgung auszusteigen. Es muss klar gemacht werden, dass in der Corona-Krise ein Vorgeschmack auf die sich akzentuierende Klimakrise sichtbar wird, dass es aber auch Chancen zu deren Bewältigung gibt.

9. Durchsetzung von Forderungen

Forderungen lassen sich meist einfach und schnell formulieren. Als viel schwieriger stellt sich deren Durchsetzung heraus. Wichtig ist, dass die Lohnabhängigen nicht auseinanderdividiert werden und höchst zersplitterte Minimalunterstützungen in Kauf nehmen müssen. Dagegen helfen gemeinsame Forderungen, die auf breiter Front einverlangt werden. Es muss daher gelingen, aus dem vorhandenen Widerstandspotenzial und mit den aktuellen sozialen Bewegungen starke transnationale Allianzen zu schmieden, die diese Forderungen auf ihre Fahnen schreiben und längerfristig dafür kämpfen. Ein Bruch mit kapitalistischen Verhältnissen ist nötig und in absehbarer Zeit möglich. Die aktuellen Situationen zeigen eindrücklich, wie der Kapitalismus Krisen verursacht, die für breite Bevölkerungskreise nicht mehr akzeptierbar sind.

10. Blick in die Zukunft

Die gravierenden Nachteile der Globalisierung präsentieren sich unverhüllt. Dies erhöht die Unterstützung für eine ökonomische und soziale Relokalisierung deutlich. Dass ein Leben mit markant reduzierter Mobilität, ohne Lärm und mit besserer Luft, bei weniger Arbeitsstress (Ausnahme die extremen Belastungen in der Pflege) und mehr freier Zeit durchaus seine Attraktivität hat, dürfte eine der positiven Erfahrungen dieser Pandemie sein. Dies mit dem Abbau von Hyperkonsum und einer untragbaren imperialen Lebensweise zu verbinden, beinhaltet für die emanzipatorischen sozialen Bewegungen eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Roland Herzog;
Ökonom und Soziologe sowie ehemaliger Leiter der Unia-Sektion Bern.

Hans Schäppi; Studium von Geschichte und Philosophie in Zürich, pensionierter Gewerkschaftssekretär, aktiv in der internationalen Solidaritätsarbeit, bei MultiWatch und im Denknetz.

Was bleibt nach Corona?

Ein politisches Zwischenfazit

Von Cédric Wermuth und Pascal Zwicky

Die Corona-Krise pflügt gerade Politik, Wirtschaft und unseren persönlichen Alltag um. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die wir in den letzten Wochen miterlebten, waren vor zwei Monaten noch undenkbar. In der gegenwärtigen Krise ist der Kaiser vor der versammelten Weltöffentlichkeit plötzlich nackt, wahrscheinlich nackter denn je zuvor. Die Krise ist also, so glauben wir, viel mehr als der temporäre Ausnahmezustand, den wir aktuell durchstehen. Sie macht Schluss mit diversen vermeintlichen Gewissheiten und erweitert vor allem auch unsere gemeinsame Vorstellungswelt.

Die offene Frage ist, ob sich daraus tatsächlich grundlegende Veränderungen ergeben. Der bekannte Ökonom Dani Rodrick beispielsweise ist skeptisch. Er beobachtet in der Krise in erster Linie eine für ihn wenig überraschende Zuspitzung der vorherrschenden Politik einzelner Länder und geht ganz nüchtern von einer "linearen" Fortführung der bereits vor der Krise dagewesenen Tendenzen und Prozesse aus. Und der französische Philosoph Alain Badiou hält es gar für eine gefährliche linke Phantasterei zu glauben, der globale Kapitalismus könne durch diese Krise ernsthaft geschwächt werden. Uns scheint eine solche Analyse diesmal allerdings zu kurz zu greifen. Wir sind der Meinung, dass Rodrick, Badiou und andere damit die Mobilisierungs- und Veränderungspotenziale, die in der Krise liegen, vorschnell beiseite schieben. Deshalb wollen wir im Folgenden der Frage nachgehen, welche Erkenntnisse und Lehren die Linke aus der Krise für eine zukunftsfähige Politik ziehen kann und soll. Fünf Punkte sind für uns dabei zentral:

Eine erste Erkenntnis:
Der globale Kapitalismus und die Corona-Pandemie

Pandemien sind kein Zufall. Sie hängen mit der Art und Weise zusammen, wie Menschen zusammenleben und mit dem Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur. Die Wissenschaft und auch die UNO machen seit Jahren eindringlich darauf aufmerksam: Die zunehmende Zerstörung des Lebensraums von Wildtieren, die abnehmende Biodiversität, die Ressourcenübernutzung und der Klimawandel erhöhen das Risiko der Übertragung von Krankheiten von Tieren auf Menschen. Die Abstände zwischen Epidemien werden kürzer. Der weltweite Handel, globale Produktionsketten, der Tourismus und die Urbanisierung erhöhen die "Umlaufgeschwindigkeit" von Viren und Bakterien. Kurz: Viren sind ein normaler Bestandteil des Lebens auf dem Planeten Erde. Gefährliche Mutationen oder einzelne Übertragungen hat es schon immer gegeben und sind per se nicht kontrollierbar, ihre Häufigkeit und schelle, grossflächige Verbreitung sind aber insbesondere auch gesellschaftliche Phänomene.

Die Corona-Epidemie zeigt, dass der globale Kapitalismus gerade in seiner neoliberalen Form nicht fähig ist, Pandemien zu verhindern oder in angemessener und koordinierter Weise auf sie zu reagieren. Es ist ein ziemlich stabiles Muster: Dort wo neoliberale Politiken und Ideen wie die Privatisierung der Gesundheitsversorgung oder rigide Austeritätsprogramme mit besonderem Nachdruck verfolgt wurden, sei es aus Überzeugung (bspw. USA oder Grossbritannien) oder auf Druck von aussen (bspw. in Italien oder Spanien), leiden die Menschen besonders stark. Und im Umkehrschluss gilt auch, dass alles was gegen die Pandemie wirkt – insbesondere gut ausgestattete, kooperative und koordiniert agierende Gesundheitssysteme und solidarisches Verhalten im Alltag – der neoliberalen Ideologie von Privateigentum, Profitmaximierung und Konkurrenz ziemlich diametral entgegensteht. Zu betonen ist allerdings auch, dass die neoliberalen Scharfmacher dieses Mal nicht durchmarschiert sind. Gerade Boris Johnson und Donald Trump haben anfänglich mit Verweis auf die Selbstheilungskräfte des Marktes jede staatliche Intervention abgelehnt. Schlimmer noch, zumindest in ihrem Umfeld wurden Stimmen laut, die Alten müssten sich jetzt halt zugunsten der Wirtschaft opfern. Sie sind damit nicht durchgekommen. Überall fordern die Menschen Solidarität mit den sogenannten "Risikogruppen" ein, der intuitive Widerstand gegen den neoliberalen Sozialdarwinismus dürfte durch die Krisenerfahrung der letzten Jahre geschärft worden sein.

> “Viren sind ein normaler Bestandteil des Lebens auf dem Planeten Erde.”

Ein ähnlich ambivalentes Bild zeigt sich mit Blick auf die internationalen Institutionen: Trotz eindeutiger Warnung der Spezialist*innen vor einem zunehmendem Pandemie- und Krankheitsrisiko bleibt die WHO unterfinanziert: Ihr Etat beträgt gerade mal 1.5% des Umsatzes der 21 grössten Pharmakonzerne (tatsächlich ist die WHO heute so dramatisch unterfinanziert, dass die private »Bill &Melinda Gates Foundation« nach den USA ihr zweitgrösster Geldgeber ist – vor allen anderen Staaten). Die Forschung an Coronaviren lag während Jahren brach, gleichzeitig wächst das Netz globaler Handelsverträge. Genau hier liegt das Problem: Im globalen Kapitalismus werden Institutionen und Ressourcen dort aufgebaut und eingesetzt, wo sie Rendite versprechen und nicht dort, wo es menschliche, aber "kaufkraftschwache" Bedürfnisse gibt. Selbst in der Corona-Krise scheint es der auf Standortwettbewerb getrimmten Staatengemeinschaft im ersten Moment schwer zu fallen, die unbestreitbar notwendige Kooperation zur Bekämpfung der Pandemie aufzugleisen. Davon zeugen die Bieterschlachten um medizinisches Material, die Unfähigkeit, schon nur die Hotspots der Flüchtlingskrise zu evakuieren oder die nach wie vor verhärteten Positionen in der Diskussion um sogenannte Corona-Bonds in Europa. Mit dem Fortgang der Krise offenbart sich allerdings auch eine etwas verzögerte, aber dennoch klare Hinwendung zur Zusammenarbeit. So übernehmen Anrainerstaaten Frankreichs und Italiens inzwischen Patienten aus diesen Ländern, die Staaten unterstützen sich gegenseitig mit Hilfsgütern oder medizinischem Personal. An solchen Kooperationserfahrungen gilt es nach der Krise anzuknüpfen.

Eine zweite Erkenntnis:
Die Pandemie stellt die Ökonomie vom Kopf auf die Füsse

Krisen funktionieren oft als eine Art Vergrösserungsglas für gesellschaftliche Probleme. Das gilt auch für Corona. Das Virus unterscheidet zwar nicht zwischen Geschlecht, Hautfarbe oder Klasse, die gesellschaftlichen Strukturen aber schon. Die gute Nachricht: Aktuell wird die gesellschaftliche Debatte über die Wirtschaft in der Schweiz in mindestens viererlei Hinsicht vom Kopf auf die Füsse gestellt.

Erstens wird deutlich, dass auch in der reichen Schweiz viele Menschen im oder am Rande des Prekariats leben. Dieses verschleierte Prekariat fällt im Normalmodus nicht auf. Es sind Menschen, die durchaus Löhne verdienen, hinter denen man keine harten ökonomischen Verhältnisse erwarten würde. Aber es handelt sich um einen "Wohlstand auf Abruf", wie es Rieger et al. nennen. D.h., die Einkommen dieser Menschen reichen nicht, um ein Polster anzulegen, also um Vermögen zu bilden. Sie leben nicht gerade von der Hand in den Mund, aber ein oder zwei Monate Einkommensausfall drohen sie zu ruinieren. Rieger et al. schätzen, dass alleine in der Schweiz fast 1.9 Millionen Lohnabhängige zu diesem Teil der Arbeiter*innenklasse mit unteren Löhnen (13x 6000 Franken) gezählt werden müssen. Es handelt sich dabei zwar auch um atypisch Beschäftigte (temporär, auf Abruf oder im Stundenlohn), aber lange nicht nur. Hinzu kommt ein grosser Teil der 330'000 Einzelunternehmen, die finanziell oft kaum bessergestellt sind. Das sind zwischen 35% und 45% der werktätigen Bevölkerung. Diese Gruppe trifft die Krise besonders hart, da sie entweder von staatlichen Hilfeleistungen gar nicht profitieren oder nur mit spürbaren Einkommenseinbussen.

> “Geht nicht, gibt's nicht mehr.”

Zweitens: Bis vor kurzem hätten wir uns unter der Schlagzeile "Bundesrat erklärt bestimmte Branchen für systemrelevant" wohl noch Bilder von den Zentralen grosser Banken und Finanzkonzerne vorgestellt. Klar, diese sind für die moderne, kapitalistische Wirtschaft enorm wichtig. In der Coronakrise wird aber klar, dass die eigentliche Systemrelevanz, die Relevanz für die ganze Gesellschaft, woanders liegt: beim Pflegepersonal, der Supermarktkassierer*innen, der Kita-Betreuer, der Lagerarbeiterin, dem Lebensmittelproduzenten, der Bauarbeiterin oder den Lieferant*innen. Diejenigen, die sonst meist unter dem Radar bleiben, werden plötzlich von allen Seiten beklatscht. Es ist die Arbeiter*innenklasse, die das gesellschaftliche Leben am Laufen hält. Es ist denn auch kein Zufall, dass der Druck der grossen Wirtschaftsverbände steigt, alle Bereiche der Wirtschaft so schnell wie möglich wieder aus dem »Lockdown« freizugeben. Die Krise zeigt, wie Vijay Prashad schreibt, "that workers exist. The state-imposed general strike to prevent the spread of the virus and its consequences have proved that it is workers who produce value in our society and not 'entrepreneurs' who generate

> Das Eis der liberalen Demokratie ist dünn.

ideas, which they claim fancifully produces wealth. A world without workers is a world that halts." Kapital kann alleine nicht überleben. Dieses erneuerte (Selbst-) Bewusstsein gilt es zu nutzen. Die Beschäftigten, die Gewerkschaften, die progressiven Kräfte in der Politik müssen sich gemeinsam für bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmungsrechte stark machen.

Drittens belegt die Krise, worauf feministische Bewegungen längst hinweisen: Care- und Reproduktionsarbeit ist nicht etwas, das netterweise von jenen, die "richtig arbeiten" quersubventioniert wird, sondern selber integraler Bestandteil – ja Ursprung - der Wertschöpfungskette. Ohne, dass jemand die bezahlte wie auch die unbezahlte Care-Arbeit leistet, ist an eine Wirtschaft nicht zu denken. Nur weil sich die einen – immer noch grossmehrheitlich Frauen - um die Pflege, Betreuung und Erziehung von Alten, Kranken und Kindern kümmern, können die anderen überhaupt am Arbeitsplatz erscheinen. Das steht im krassen Widerspruch zur Geringschätzung dieser Arbeit. Unbezahlte Care-Arbeit wird generell nicht als Arbeit wahrgenommen, obwohl sie Schätzungen zufolge im monetären Vergleich in der Schweiz fast 250 Milliarden Franken pro Jahr an Wert ausmacht. Bei der bezahlten Care-Arbeit ist das Missverhältnis ähnlich, die Löhne und Arbeitsbedingungen liegen weit unter ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Das gilt übrigens genauso für den neuerdings als systemrelevant erklärten Bereich des Detailhandels (ca. 2/3 Frauen). Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die umfassenden Darstellungen von Nina Hüsser und Tamara Funiciello sowie auf den Text von Ruth Gurny und Beat Ringger in dieser Zeitung.

Viertens lässt die Krise die Geister der Vergangenheit wiederaufleben. "Er ist wieder da!" titelt die deutsche Wirtschaftswoche leicht panisch, illustriert mit einem Bild von Karl Marx mit Gesichtsmaske. Worauf das Titelbild verweisen soll: Eiserne Dogmen der neoklassischen Wirtschaftsweisheit lösen sich vor unseren Augen in Luft auf. So kündigt die britische Zentralbank an, die Rettungsmassnahmen des Staates direkt finanzieren zu wollen. Und plötzlich ist gesellschaftliche und politische Planung wieder en vogue. In der Schweiz beispielsweise treten der zuständige Bundesrat Maurer, die CEOs der grössten Banken, die Finanzmarktaufsicht und die Nationalbank gemeinsam vor die Medien, um das grösste Investitionsprogramm der Geschichte des Landes bekannt zu geben. Auch wenn die demokratische Legitimation durch Notrecht zweifelhaft ist (wir kommen gleich darauf zurück), zeigen die wirtschaftspolitischen Massnahmen der Schweiz und anderer Länder eines: Eine gesellschaftliche Planung gerade "der Wirtschaft" ist möglich. Die Frage wird sich nach der Krise unweigerlich stellen: Warum soll ein vergleichbares Programm für den ökologischen Umbau nicht auch möglich sein?

Eine dritte Erkenntnis:
Das Eis der liberalen Demokratie ist dünn

Die Corona-Krise ist ein Stresstest für die Demokratie. In der Schweiz hat sich das Parlament selbst entmachtet und seine Arbeit mehrere Wochen eingestellt – eine Selbstbeschneidung der Volksvertretung, die international beispiellos geblieben ist. Es sind vor allem Regierungsvertreter*innen und sogenannte Expert*innen (vorab aus dem medizinischen Sektor), die den Ton angeben. Und viele Bürger*innen scheinen damit eigentlich ganz zufrieden. Der Ruf nach der "starken Hand" in der Krise ist unüberhörbar. Dabei bringt der Ausnahmezustand demokratiepolitisch ernsthafte Probleme mit sich. Global sowieso: Nicht wenige politische Machthaber missbrauchen den Notstand, um die elektronische Überwachung auszubauen, die Medien einzuschränken, unliebsame politische Gegner*innen loszuwerden oder mundtot zu machen, so geschehen im Kosovo, in Serbien oder Ungarn. Aber auch in der Schweiz ist das Regieren mittels Notrecht problematisch: Nach dem Abbruch der Session der Eidgenössischen Räte und dem Unterbruch der Kommissionsarbeit ist die legislative und exekutive Macht ausschliesslich bei Personen konzentriert, die nie von der Bevölkerung direkt gewählt wurden. Faktisch übernahm innert weniger Tage, vor allem was die wirtschaftlichen Massnahmepakete angeht, eine Art Aristokratie der Wirtschafts- und Verbandseliten die Macht. Das hat natürlich auch zu schnellen, positiven Entscheiden geführt. Es ist fraglich, ob die Ausweitung der Kurzarbeit mit den aktuellen Mehrheiten des Parlaments gelungen wäre. Andererseits schreiben plötzlich die CEOs der Banken zusammen mit der Verwaltung die Gesetze der wirtschaftlichen Rettung. Nicht ohne Wirkung: Als eine der ersten Massnahmen lockerte der Bundesrat ohne Not die Arbeitszeitregelungen für Lastkraftfahrer*innen und im Gesundheitsbereich und eliminierte zumindest temporär gewisse Regulierungen im Bankenwesen. Es ist kein Zufall, dass in einer solchen Situation die Anliegen von Gruppen mit wenig gesellschaftlicher Macht nur unzureichend berücksichtigt werden: Von der Finanzierung von Kindertagesstätten über die Absicherung von indirekt betroffenen Selbständigen bis hin zu Geflüchteten, Asylsuchenden und Sans Papiers. Gerade bei letzteren zeigt sich, wie schnell auch die Grundrechte der liberalen Demokratie im Notstand brüchig werden. Ungeachtet völkerrechtlicher Verpflichtungen verbot der Bundesrat Flüchtlingen die Einreise in die Schweiz und ermöglichte die Abschwächung des Rechtsschutzes im Asylverfahren. Es wird sich

zeigen, ob diese Massnahmen nach der Krise tatsächlich vollständig aufgehoben werden. Die Linke tut auf jeden Fall gut daran, die Rückkehr des starken Staates nicht blind zu begrüssen, sondern kritisch zu begleiten. Die Stärkung, die Demokratisierung der Demokratie – auch das gehört zu unseren Aufgaben nach der Krise.

Die Krise als Chance?

System change ist nötig - und plötzlich möglich

Es scheint uns zynisch von einer "Krise als Chance" zu sprechen, solange Menschen aufgrund des Corona-Virus auf Intensivstationen um ihr Leben kämpfen. Es ist aber unbestreitbar, dass sich aus der Krise neue Potenziale für eine progressive Politik ergeben. Bis vor kurzem hiess es, ein radikaler Wandel unserer »imperialen Lebensweise«, ein System Change, wie ihn etwa die Klimabewegung fordert, sei schlichtweg nicht möglich. Dann beschlossen weltweit Regierungen innert Tagen Rettungsmassnahmen für ihre Volkswirtschaften, die weit über alles hinausgehen, was bisher als Krisenintervention bekannt war. In der Schweiz setzten Regierung, Banken, Bankenaufsicht und Nationalbank gemeinsam ein gezieltes Investitionsprogramm von schlussendlich wohl mehreren Dutzend Milliarden Schweizer Franken auf. Warum sollte das gleiche nicht auch für die Finanzierung von Klimamassnahmen machbar sein? Wir alle wissen nun, dass das möglich ist. Die Erde wird in den kommenden Jahrzehnten also wieder von Menschen bevölkert sein, die sich daran erinnern, dass der vermeintlich »normale« Status quo einer modernen kapitalistischen Gesellschaft innert kürzester Zeit verändert werden kann. Geht nicht, gibt's nicht mehr. Selbstverständlich wird es auch nach der Corona-Krise soziale und politische Kämpfe brauchen, um einen grundlegenden Wandel herbeizuführen. Die Tatsache, dass es aber möglich ist, bleibt im kollektiven Bewusstsein eingebrannt und abrufbar.

Die Pandemie macht uns - sofern wir auch tatsächlich bereit sind, es zu sehen – vielleicht so klar wie nie zuvor, was Globalisierung wirklich heisst. Kaum je war die Notwendigkeit einer gemeinsam handelnden Weltgemeinschaft derart offensichtlich. Und kaum je war offensichtlicher, dass es für die Bedrohungen der Zukunft nicht reichen wird – selbst wenn man wollte – ein Land oder gar einen Kontinent einfach mit einer Mauer gegen Migrant*innen abzusichern. Gelingt es uns, dieses Bewusstsein politisch zu artikulieren, stehen wir womöglich am Vorabend einer Wende hin zu einer Welt-Innenpolitik. Eine Welt-Innenpolitik, die in einem ersten Schritt eine Art globalen Vertrag über Rechte und Standards im Gesundheitswesen, eine gemeinsame Pandemieprävention und Reaktionen darauf beinhaltet. Corona könnte so zum Anlass werden, die Globalisierung neu zu denken. Globalisierung als ein Rahmen der weltweiten Kooperation und des kulturellen Austauschs. Als eine gerechte und demokratische Weltordnung mit starken regionalen Wirtschaftskreisläufen, durch welche die Versorgung mit Grundgütern klimafreundlicher und krisenresistenter sichergestellt werden kann. Nimmt man das ernst, bedeutet es gerade für die Schweiz, dass es zukünftig nicht mehr möglich sein wird, weiterhin eine Standortpolitik und insbesondere eine Steuerpolitik zu betreiben, die die Fähigkeit anderer Staaten untergräbt, einen funktionierenden Service public zu finanzieren.

Der Blick nach vorn:

Commons und Verteilungsgerechtigkeit als Eckpfeiler einer post-neoliberalen Phase

Bis vor kurzem galt, dass der Neoliberalismus auch zwölf Jahre nach der Finanzkrise zwar vielleicht angezählt und geschwächt, aber noch lange nicht tot ist. Kann ein Virus dem "befremdlichen Überleben des Neoliberalismus" (Colin Crouch) ein Ende setzen? Die aktuelle Krise hat insofern eine andere Qualität als die Finanzkrise, als dass sie die Folgen neoliberaler Politik und Ideologie für alle deutlich sicht- und erfahrbar macht. Wer möchte in nächster Zukunft noch behaupten, dass es für alle besser ist, wenn die sozialen Infrastrukturen, insbesondere auch der Gesundheitssektor, der Profitlogik unterworfen werden? Die absurde Jagd nach Medikamenten, Masken und Beatmungsgeräten, die Streitigkeiten über Ein- und Ausfuhr oder die fehlenden Impfstoffe offenbaren eine empfindliche Lücke. Dank Corona muss man kein Kommunist oder keine Kommunistin mehr sein um festzustellen, dass die grundlegenden Infrastrukturen einer Gesellschaft nicht dem Markt überlassen werden sollten. Dementsprechend werden die politischen Debatten über das "richtige Verhältnis" von Demokratie und Markt in nächster Zukunft wohl intensiver geführt werden. Wir müssen in diesen Auseinandersetzungen nun endlich in die Offensive. Es gibt ein "window of opportunity" für Schritte vorwärts: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Nahrung, Wasser, Energie, Medien und Kommunikation – Gemeingüter moderner Gesellschaften dürfen nicht privatisiert und zur Gewinnmaximierung missbraucht werden. Jeder Mensch muss unabhängig von seinem Einkommen und Vermögen Zugang zu diesen Gütern haben und über diese Güter demokratisch mitbestimmen können. Das ist das Versprechen der Commons, das gerade auch für den gerechten Umgang mit der Klimaerwärmung und als Gegenpol zum in der Corona-Krise weiter erstarkten "Überwachungskapitalismus" (Shoshana Zuboff) so wichtig ist.

Generell wird in der Krise unser Sensorium für Ungleichheit und Ungerechtigkeit geschärft. Fussball-Millionäre, die sich weigern, auf einen Teil ihres horrenden Lohns zu verzichten, kommen derzeit nicht gut an. Die neoliberale Mentalität des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit ist zwar bestimmt nicht verschwunden, sie sitzt aber gerade auf der Ersatzbank. Wir müssen dafür sorgen, dass sie auch dort bleibt. Konkret geht es darum, beim Thema Verteilungsgerechtigkeit rasch einen grossen Schritt weiter zu kommen. Es gilt nicht nur zu verhindern, dass die Schwächsten den höchsten Preis für die Krise zahlen - das übliche Spiel der Krisenbewältigung im Kapitalismus. Vielmehr noch ist an eine zukunftsfähige Gesellschaft nur dann zu denken, wenn die riesigen Ungleichgewichte in Sachen Macht und Geld massiv reduziert werden. Die nötigen Massnahmen dazu sind altbekannt, können aber beispielsweise auch im jüngsten Werk des Ökonomie-Rockstars Thomas Piketty nachgelesen werden: Eine solidarische Steuerpolitik und eine Demokratisierung der Wirtschaft.

Der Lockdown in der Schweiz dauert voraussichtlich noch bis am 26. April. Danach wird es eine schrittweise Lockerung des Ausnahmezustandes, eine schrittweise Rückkehr zur "Normalität" geben. Sobald wir auf der Strasse wieder Druck aufbauen können, sobald der Politikbetrieb wieder läuft, ist es an uns allen, dafür sorgen, dass die Normalität nach der Krise eine andere sein wird als zuvor.

Pascal Zwicky; arbeitet im Stadtzürcher Schulwesen und ist aktives Denknetz-Mitglied. Promotion an der Universität Zürich in Publizistikwissenschaft und passionierter Rennradfahrer.

Cédric Wermuth; Mitglied des Nationalrats und Vize-Präsident der Sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Studium der Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Philosophie in Zürich und Bern.